

"journale.apa.at" gefunden am 22.11.2016 09:27 Uhr

Die Pharmabranche und das viele Geld

MEDIENBERICHTE

22. 11. 2016 |SN

Heuer legte die Pharmabranche erstmals Zahlen vor, wie viele Millionen sie in **Forschung** an Spitälern steckt und direkt an Ärzte zahlt. Ist der Topf mit 100 Mill. Euro halb voll oder halb leer?

GERALD STOIBER **WIEN**. Ärzte und Geld von Pharmafirmen – das ist ein Thema, das seit jeher für heftige Debatten gut ist. Doch in den vergangenen Jahren hat sich auf dem Sektor viel verändert. Die Kongresse, die in Luxusreisen eingebettet waren, oder Familienurlaube auf Regimentskosten – solche Dinge gehören eher der Vergangenheit an, sagen selbst die strengen Kritiker der Anti-Korruptionsinitiative Transparency International (TI). „Familienurlaube sind verpönt“, betont Franz Piribauer, Leiter der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen bei TI in Österreich.

Zu der Entwicklung beigetragen haben strengere Compliance-Vorschriften für die Unternehmen, aber auch die gesellschaftlichen Ansprüche. Jan Oliver Huber, Geschäftsführer der Pharmig, des Verbandes der Pharmazeutischen Industrie in Österreich: „Ärzte und Pharmafirmen arbeiten mit dem Geld aus Krankenkassenbeiträgen. Da müssen wir uns den Wunsch nach Transparenz gefallen lassen.“

Heuer veröffentlichten die Pharmakonzerne in Österreich erstmals Zahlen, wie viel Geld für **Forschung** oder klinische Studien an Spitälern sie springen lassen und welche Honorare oder Fortbildungskosten sie den Ärzten oder medizinischen Fachgesellschaften überlassen. Dabei handelt es sich um Angaben auf freiwilliger Basis, die anhand eines vom Europäischen Branchenverband EFPIA entwickelten Verhaltenskodex gemacht wurden.

Insgesamt kann man sagen, dass die Pharmabranche in Österreich im Vorjahr mehr als 100 Millionen Euro als Zahlungen an Spitäler, Universitäten, Ärztegesellschaften oder direkt an Mediziner deklariert hat. Das hat das **Ludwig-Boltzmann-Institut** für Health Technology Assessment in **Wien** auf den Websites der einzelnen Firmen erhoben. Diese beachtliche Größenordnung soll sogar Kenner der Pharmabranche überrascht haben.

Von diesen 104 Mill. Euro, die 69 der 115 Pharmig-Mitgliedsbetriebe offengelegt haben, entfiel mehr als die Hälfte (54 Mill. Euro) auf **Forschung** und Entwicklung. Dazu zählen etwa auch Anwendungsbeobachtungen nach der Zulassung von Medikamenten. Knapp 28 Mill. Euro gingen an Fachgesellschaften, Universitäten und Spitäler. Es verbleiben gut 22 Mill. Euro, die direkt an Ärzte flossen. Diese Gelder sind aber nur zu einem sehr geringen Teil (17 Prozent oder 3,8 Mill. Euro) einzelnen Mediziner zuzuordnen. Der größte Teil der Zahlungsempfänger bleibt anonym.

Pharmig-Geschäftsführer Huber ist mit dem Stand der Offenlegung dennoch zufrieden: „Die freiwillige Selbstverpflichtung ist ein großer Schritt nach vorn. Sieht man von Skandinavien ab, ist das schon ein Kulturwandel.“ Das Ziel bleibe weiter die namentliche Offenlegung der Zahlungen, aber man müsse auch sehen, dass sich Ärzte vor einer Neiddebatte fürchteten.

Karl Forstner, Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer und Dermatologe an den Salzburger Landeskliniken, erklärt: „In Österreich gibt es für die medizinische **Forschung** sowie für die vorgeschriebene ärztliche Fortbildung so gut wie keine öffentlichen Mittel. Beides ist nur mit Unterstützung der pharmazeutischen Industrie möglich.“ Er sieht die Zustimmung jedes einzelnen Arztes als Erfolg.

Unter den Pharmafirmen wird der Verhaltenskodex recht unterschiedlich angewandt. So reagierte knapp jede vierte Firma auf eine Anfrage des **Boltzmann**-Instituts gar nicht. 20 Firmen gaben an, sie hätten keine finanziellen Zuwendungen an Ärzte oder Kliniken gegeben. Einige Konzerne,

darunter der britische Pharmariese GlaxoSmithKline (GSK), bekennen sich hingegen zu einer strengen Politik und schließen keine Verträge mehr mit Ärzten, die einer Veröffentlichung nicht zustimmen.

Trotz der jüngsten Initiative sei die Transparenz im Gesundheitswesen in Österreich unzureichend, kritisiert TI-Experte Piribauer: „Gerade die Ärzte in den Spitälern arbeiten mit öffentlicher Infrastruktur, da ist eine Veröffentlichung gerechtfertigt.“ Die Daten würden auch nicht gesammelt vorgelegt, sondern von den einzelnen Firmen. Daher sei eine gesetzliche Regelung nötig. Piribauer schlägt vor, dass die Gelder der Pharmafirmen in einen Fonds für Ärztefortbildung fließen, von dort solle es dann Ausschüttungen geben.

Wenn Sie mehr wissen wollen: Alle Infos finden Sie in der DeFacto» Suchmaschine.

DeFacto» - Die APAclass Suchmaschine

 [Archivlink](#) [zum Webseiten-Archiv](#)
[Weblink](#) http://journale.apa.at/cms/journale/media_detail.html?doc=CMS1479802928298